

Kammerer Zeitung

Volkstreu und für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Dr. 32 (1. Blatt)

Sonnabend, den 7. Februar 1925

53. Jahrgang.

Die Regierungsbildung in Preußen

Ist noch immer in der Schwebe. Die Kandidatur Horions scheint bereits in den Hintergrund gedrückt zu sein, da die Volkspartei das Zentrum hat wissen lassen, daß sie auch ein überparteiliches Kabinett, das entweder sozialistischen Einschlag hat, oder das sich auf die Sozialdemokraten irgend stützen will, nicht tolerieren könne, so wird wohl Horion, der nach dem rechten Flügel der Zentrumspartei hinneigt und dessen Haltung anlässlich der Tausendjahrfeier der Rheinlande bekannt ist, sich kaum mit dem ausschließlichen Versuch abgeben, ein Kabinett der Weimarer Koalition oder gar der großen Volksgemeinschaft zustande zu bringen. Für die Rechtsparteien kommt nur ein Kabinett in Frage, das einen rechtsgerichteten Einschlag trägt. Neuerdings taucht als Kandidat für den Ministerpräsidentenposten der Name des früheren Reichskanzlers Dr. Marx auf. Es ist aber fraglich, ob Herr Marx, nachdem er im Reich geächtet ist, diese un dankbare Aufgabe in Preußen übernimmt.

Reichstag.

(Sitzung vom 6. Februar.)

Der Reichstag setzte Freitag die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans fort. Es lagen dazu etwa 50 Anträge der verschiedenen Parteien vor. Dementprechend brachten auch die Redner beim Kapitel Sozialversicherung wieder die verschiedensten Wünsche vor. Die Abstimmung über die Entschleunigungen wurde bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Beim Abschnitt Wochenhilfe ergab sich wieder dasselbe Bild. Im Verlauf der Aussprache kündigte Ministerialdirektor Grisefer einen Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Unterstützung an. Beim Kapitel Arbeiterbeschäftigung lag ein Antrag des Ausschusses vor, in dem die Reichsregierung ersucht wird, auf volle Gleichberechtigung Deutschlands im Internationalen Arbeitsamt hinzuwirken. Schließlich verabschiedete sich das Haus.

Preussischer Landtag.

(Sitzung vom 6. Februar.)

Da Preußen immer noch keine Regierung hat, mußte sich der Landtag Freitag mit Anträgen beschäftigen. Ein völksparteilicher Antrag, der die Verpflegung der Wohnungen in der Gemeinde Hohen-Neudorf durch Grundwasser zum Gegenstand hat, geht an den Hauptauschuß. Ein sozialdemokratischer Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, den Schul- und Lehrplan auf dem Gebiete des Schulwesens im Sinne der Erlassung des Kultusministeriums vom 31. Dezember 1918 in den Gebieten Preußens bis zum 1. April 1925 durchzuführen, wo der Schul- und Lehrplan nicht vertragsrechtlich geregelt ist, geht ohne Aussprache an den Unterrichtsausschuß. Abg. Pelze (Dnt.) begründet darauf den Antrag seiner Fraktion auf Einrichtung von Vegetationsklassen zum Uebertritt in die höhere Schule nach dreijährigem Besuch der Grundschule. Mit der Begründung verbunden wird der weitere deutschsprachige Antrag, dafür Sorge zu tragen, daß der für einzelne Kinder oder für Kinder mehrerer Familien gemeinsame Privatunterricht grundsätzlich auch an Privatschulen erteilt werden dürfe. In der Aussprache wird der Antrag von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite bekämpft; die anderen Parteien stellen sich dem Antrag freundlich gegenüber. Die Anträge gehen an den Ausschuß für das Unterrichtswesen.

Wenn die Anträge durchkämen.

Nach dem Uebertrag des Reichsfinanzministeriums über die Kosten, die die Durchführung der Anträge der Reichstagsparteien erfordern würde, ergibt sich, daß unter Außerachtlassung der extremen Anträge jährlich rund 500 bis 600 Millionen Mark, einmalig rund 300 bis 400 Millionen Mark erforderlich wären. Für die Durchführung der Anträge auf sonstigen Gebieten müßten fortlaufend jährlich rund 900 Millionen Mark, einmalig 1200 Millionen Mark aufgewendet werden. Die Erhöhung der Grundgehälter der Beamten usw. des Reichs, der Länder und Gemeinden würde für je ein Prozent rund 52 Millionen Mark jährlich und eine Erhöhung der Sozialzulagen um je eine Mark monatlich, 45 Millionen Mark jährlich, kosten.

Die Enthüllungen überstürzen sich.

Die Enthüllungen immer neuer Skandalaffären überstürzen sich förmlich. In den letzten Tagen sind wieder in verschiedenen Zeitungen neue Behauptungen über Schiebung und Korruptionsercheinungen aufgestellt worden, die man im einzelnen auf ihre Richtigkeit nicht nachprüfen kann. Das wird die Aufgabe der verschiedenen Untersuchungsausschüsse und der Staatsanwaltschaft sein müssen. Von einer Meldung sei aber schon jetzt Notiz genommen, da sie eine unmittelbare politische Folge gezeitigt hat.

Ein verhängnisvoller Brief.

Der Berliner Lokal-Anzeiger veröffentlichte die angebliche Kopie eines Briefes, den die Warmatsche Amegima-Gesellschaft in Amsterdam am 27. September 1923 an den früheren Reichskanzler, den sozialdemokratischen Abgeordneten Bauer gerichtet haben soll.

Aus diesem Brief würde hervorgehen, daß Bauer entgegen seiner strikten Aussage vor dem Untersuchungsausschuß vom Warmat-Kongress einmal 850 Dollar, dann 2000 Dollar als Provision für Kreditbeschaffung, ferner 1000 holländische Gulden „außer der Reihe“, und viele hundert Gulden „ohne jeden Grund“, endlich viele hunderttausend Mark und 600 Demas-Aktien „franko“ erhalten habe, obwohl die Warmats durch Bauers „authentische Informationen aus höchsten Kreisen“ kolossale Verluste erlitten hätten.

Mandatsniederlegung Bauers.

Die Folge des vom Vorwärts im Wortlaut wiedergegebenen Briefes war, daß gestern vormittag der Prüfungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei, aus Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktion bestehend, zusammentrat. Er faßte in der Angelegenheit einstimmig den Beschluß, daß Bauer sein Reichstagsmandat niederzulegen habe. Bauer hat sich dazu bereit erklärt.

Als Nachfolger des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bauer kommt der sozialdemokratische BezirksparteiSekretär Gustav Gerl-Magdeburg in Betracht. Da Gerl jedoch ein Landtagsmandat inne hat, wird er sich entscheiden müssen, ob er dies Reichstagsmandat annehmen oder das Landtagsmandat behalten will. Im ersten Falle würde Ritsch-Magdeburg in den Landtag nachrücken.

Die Unterschriften zurückgezogen.

Der „Vorwärts“ brachte das Fassmille eines Briefes, der am 26. Oktober 1923 geschrieben ist und die Unterschriften des Reichspostministers Höfle, des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann und des Reichsverkehrsministers Deser trägt und mit amtlichen Stempeln versehen ist. Es handelt sich dabei um ein Geheiß der Depositions- und Handelsbank A.-G., Berlin N., Neufeldische Straße 31, „die im Interesse des Reichs tätig ist, und gewisse wichtige Aktionen für dasselbe vornimmt, das unbeschränkte Depositionsrecht, und die Vorgesetzungen zu verschaffen.“ Von ausländischer Stelle wird hierzu erklärt, daß der Brief echt sei. Die Minister Stresemann u. Deser hätten damals auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspostministers Höfle den Brief unterzeichnet; als dann aber der Vorgesetzter im preussischen Handelsministerium, Geheimrat Oppert und der Devisenkommissar, Geheimrat Sellinger, Einspruch erhoben, ist der Brief am 12. November zurückgezogen worden, so daß er sich nur etwa zwei Wochen im Besitze der Bank befand.

Auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat jetzt einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Die Untersuchung soll sich lediglich auf die Enthüllungen des Warmat-Kongresses, von der Neufeldener Stadtbank und der städtischen Girozentrale Kredite zu erhalten, beziehen. Die Kommunisten behaupten, daß die Stadtverordneten Heilmann und Rechtsanwalt Dr. Goelw dabei ihre Stellungen als Stadtverordnete zugunsten des Kongresses benutzt haben.

Gegen andere Postbeamte keine Vorwürfe.

Der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost nahm gestern in einer Sitzung den Bericht des ihm eingesetzten Untersuchungsausschusses über die Warmatkredite entgegen. Das Ergebnis war die Feststellung, daß im Zusammenhang mit den vom Reichspostminister Höfle dem Warmatkongress gewährten Krediten gegen andere Beamte des Reichspostministeriums irgendwelche Vorwürfe nicht zu erheben sind.

Schmidt auf dem Klagewege.

Auch „Vorwärts“ hat der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt durch seinen Rechtsbeistand die Berliner Staatsanwaltschaft ersucht, gegen die Berliner Zeitung „Der Tag“ im öffentlichen Interesse Anklage wegen Verleumdung zu erheben, da die Behauptung des „Tag“, Schmidt sei mehrfach Gast von Warmat im Hotel Bristol gewesen, ihn in seiner amtlichen Eigenschaft als Minister der Korruption verdächtige und in seiner Ehre herabsetzen wolle. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat das Ersuchen abgelehnt mit der Begründung, daß sie in der betreffenden Notiz eine Verleumdung nicht erblickt. Der Reichsminister a. D. Schmidt hat gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt und ist, wie der Vorwärts meldet, entschlossen, die Beschwerde bis zum preussischen Justizminister durchzuführen.

Die Spritschiebungen der Zollbeamten.

Zu der Dienstentlassung von 10 Berliner Zollbeamten, die der Beteiligung an Spritschiebungen verdächtigt sind, berichtet die „Vossische Zeitung“, daß die Anzahl der Beamten, die in der Angelegenheit verwickelt sind, noch erhöht dürfte. Es handelt sich um eine neu aufgedeckte Spritschiebung eines Elsfässers namens Stahn, dem es aber gelungen sei, ins Ausland zu entfliehen.

Um die Rubrikredite.

Die ehemaligen sozialdemokratischen Minister Dr. Hilferding, Robert Schmidt und Sellmann haben beim Reichsausschuß Einspruch erhoben, daß auch sie seinerzeit für die Rubrikredite mitverantwortlich gewesen seien. Dazu wird von genau unterrichteter Seite mitgeteilt, daß am 20. Oktober die Sechserkommission an den damaligen Reichskanzler Dr. Stresemann einen Brief geschrieben hatte, in dem sie um Stellungnahme zu einigen Fragen bat. Das Reichskabinett hat nach am gleichen Tage unter Unwesenheit sämtlicher Minister und des preussischen Ministerpräsidenten Braun einstimmig beschlossen, auf der Basis dieses Briefes mit den Vergewerkschern zu verhandeln. Es ist festgestellt worden, daß auch Robert Schmidt, Sellmann und Braun hiermit einverstanden waren und dem Beschluß zugestimmt haben. In der Kabinettsitzung am 1. November haben sich dann allerdings die sozialdemokratischen Minister der Stimme enthalten. Das Kabinett stimmte aber trotzdem dem Beschluß zu, da ja die Sitzung vom 1. November nur eine technische Festlegung der Beschlüsse vom 20. Oktober bildete, mit dem die sozialdemokratischen Minister ohne irgendwelche Einwände einverstanden waren.

Rubrikredite und Dawesabkommen.

Ein amerikanisches Blatt hatte gemeldet, daß Frankreich wegen der Entschädigung an die Ruhrindustriellen in den verbleibenden Hauptstädten Vorstellungen erheben werde. Hierzu erklärt das Kaiserliche Auswärtige Amt, daß Frankreich in der Angelegenheit amtlich noch keine Schritte unternommen habe, womit aber nicht gesagt sei, daß es die Sache auf sich beruhen lassen werde.

Wie hierzu von zuständiger Seite mitgeteilt wird, kann von einem Versuch gegen die Bestimmungen des Dawesabkommens schon aus dem Grunde keine Rede sein, weil das Abkommen die von Deutschland zu leistenden Zahlungen vollkommen festlegt. Im übrigen sind für die Ausführung des Dawesabkommens durchaus nicht sämtliche Einkünfte des Reichs verpfändet, sondern nur ein bestimmter, genau umgrenzter Teil von ihnen. Es ist selbstverständlich, daß die Träger der erprehten Zwangslieferungen aus der Zeit des Ruhrkampfes ebenso entschädigt werden müssen, wie alle übrigen Reparationslieferanten. Weiter ist festzustellen, daß die Rubrikredite mit der Dawesausleihe nicht das geringste zu tun hat. Die 800 Millionen Mark, die die Anleihe erbracht hat, liegen in der Reichsbank zur Verfügung des Transfer-Agenten, der damit die von Deutschland im ersten Jahre des Abkommens aufzubringenden Sachleistungen abdeckt.

Eine Erklärung des Bergarbeiterverbandes.

(W) Der Bergarbeiterverband erläßt folgende Erklärung: Durch die Tagespresse wird eine Notiz verbreitet, in der behauptet wird, der Bergarbeiterverband habe sich für die jetzt bekannt gewordene Ent-

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den 1. Monat 2 Goldmark. Halle
noll in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung
hindert sich, hat der Besteller seinen Anspruch auf
Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: G. Schaubert, Kamen.

schädigung an die Ruhrindustrie eingelegt. Er soll durch eine auf der Reichskonferenz vom 20. Oktober 1923 gefasste Entschleunigung auf die damalige Reichsregierung eingewirkt haben, damit diese einen derartigen Entschleunigung fähig. Demgegenüber stellen wir fest: Am 19. Oktober 1923 abends fand in Berlin im Gebäude der Fachgruppe Bergbau eine Sitzung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter des Bergbaues statt. In dieser Sitzung berichtete Oberbergat von Belsen über die bis dahin stattgefundenen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Weim. An Schlüsse seines Berichtes machte er die Mitteilung, die Regierung habe erklärt, ab 20. Oktober die Zahlung der Zuschüsse an das Ruhrgebiet einzustellen. Eine Bezahlung der zu leistenden Reparationskosten könne ebenfalls nicht in Aussicht gestellt werden. Was dann werden soll, wisse man nicht, fügt von Belsen hinzu. Stinnes erklärte darauf, in welchen Tagen würde die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebietes von Hunger getrieben zu den verzweifeltsten Mitteln greifen. Die Kollaps des Rhein-Ruhrgebietes und die Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates sei die Folge. Komme es soweit, dann müsse sofort verhandelt werden, zu einer Regelung der Rhein-Ruhrwirtschaft mit den Franzosen zu gelangen. Für diesen Fall fordere er die Hilfe der Gewerkschaften. Generaldirektor Böglers bemerkte, daß, wenn der Rhein-Ruhrstaat nicht zu umgehen sei, sofort mit den Franzosen in Verhandlungen eingetreten werden müsse über eine möglichst günstige Grenze dieses Ruhrstaates. Die Arbeitnehmervertreter lehnten solche Gedankenabgänge ab angesichts der Tatsache, daß die Regierung die Zahlung für die besetzten Gebiete leisten wolle und der drohenden Gefahr der Errichtung eines selbständigen Rhein-Ruhrstaates, daß sich der Bergarbeiterverband veranlaßt, in seiner am nächsten Tage in Berlin stattfindenden Reichskonferenz zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Stellungnahme wurde in einer Entschleunigung niedergelegt und diese dem Reichskanzler zur Verfügung überreicht. In der Entschleunigung wurde verlangt, daß das Reich die Bezahlung der Sachleistungen für die Reparationen übernimmt und diese nicht dem besetzten Gebiete überläßt. Die Nichtzahlung würde das Chaos im Ruhrgebiet und die Abtrennung des Rhein-Ruhrgebietes vom Reich sowie die wahrscheinliche Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates unter französischer Oberhoheit bedeuten. In der Entschleunigung wird mit keinem Wort etwas über Entschleunigungen gesagt, in ihr kommt nur der Standpunkt zum Ausdruck, den der Bergarbeiterverband und die übrigen Bergarbeiterorganisationen stets vertreten haben, nämlich, daß es nicht angehe, das besetzte Gebiet zur Reparationsprovinz zu machen.

Die verzögerte Kontrolle.

Eine politische Schiebung.

Der diplomatische Berichterstatter des „Dach Telegraph“ stellt die aufsehenerregende Behauptung auf, daß die alliierten Regierungen kurz vor der Erklärung Lord Curzons über die Nichträumung der Kölner Zone im Besitze eines vollständigen und endgültigen Berichtes der Militärkontrollkommission gewesen seien. Die Militärkontrollkommission sei damals der Ansicht gewesen, daß ihre Arbeiten durch die Erfüllung dieses Berichtes abgeschlossen seien. Die alliierten Regierungen hätten aber nach Kenntnisnahme dieses Berichtes der Kommission den Auftrag erteilt, neue Erhebungen und Inspektionen in Angriff zu nehmen, die erst in einigen Tagen zum Abschluß gelangen. — Diese Mitteilung klingt nicht unwahrscheinlich. Zuzutragen ist jedenfalls den Ränkespielern an der Seine und der Themse eine solche politische Schiebung.

Nach einer Meldung des V. A. aus Frankfurt a. M. ist die seit Jahren von der Besatzungsbehörde beschlagnahmte Fernspretleitung Frankfurt-Köln, die dem freigegeben worden und wird vom 8. 2. ab vom Frankfurter Fernsprechamt wieder in Betrieb genommen werden.

Englischer Abbau im besetzten Gebiet.

Aus Köln wird gemeldet, daß der Abbau der englischen Verwaltungsbehörde im besetzten Gebiet in der letzten Zeit rasche Fortschritte gemacht habe. Nachdem vor einigen Tagen der englische Zivilkommissar in Köln, Biggot, seinen Posten aufgegeben habe, werde nun auch der Kreisdelegierte in Bergheim seinen Posten verlassen. Der Kreis werde von jetzt ab von Köln verwaltet werden. In der britischen Besatzungszone sei außerhalb Kölns nunmehr nur noch ein einzelner Kreisdelegierter tätig und zwar in Solingen.

Kleine Nachrichten

In einer Unterredung, die der britische Vorkämpfer Lord Curzon mit Herriot hatte, kam nach dem „Petit Journal“, das Elberfeld problem, insbesondere die Frage der Besetzung Kölns, zur Sprache.

Ämtlichen Nachrichten zufolge, haben die spanischen Truppen in Marokko die Befestigung ihrer neuen Linie beendet.

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 7. Febr. (Verschiedenes.) In der Zeit vom 11. bis 20. Januar sind im Landkreis Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 2 (je 1 Anna, Herringen), Rötterkrankheit 1 (Berrier), Tuberkulose 2, Scharlach 1 (Welsen), Fleckfieber 1 (Schnern), Todesfälle durch Tuberkulose 7, Grippe 2, (je 1 Bergkamen, Rhynern). — Im ganzen Regierungsbezirk Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 71 (5), Genickstarre 3 (1), Kindbettfieber 1, Rötterkrankheit 7, Tuberkulose 228 (80), Scharlach 4 (1), Unterleibstypus 9 (3), Paratyphus 1 (1), Mähr 7, Grippe 10, Schlafkrankheit 1 (4), Kinderlähmung 3 (1), Fleckfieber 1.

Die westfälischen Kirchenwahlen.

Ihr endgültiges Ergebnis. Die Ergebnisse der westfälischen Kirchenwahlen aus den einzelnen Synoden und Gemeinden liegen jetzt vor. Es ist überraschend und erfreulich zu sehen, wie fast überall Einheitslisten vorhanden sind, so daß ein Wahlkampf nicht nötig machte. Eine Reihe Synoden weisen keine einzige Gemeinde auf, wo Wahlen stattgefunden haben, so Synode Anna, Wittenstein, Siegen, Hattungen, Heddinghausen, Herford, Münster, Herförs. In 20 Gemeinden der Synode Bielefeld war nur ein Wahlvorschlag, in zwei Gemeinden mußten Wahlen getätigt werden. Wo Kirchenwahlen stattfanden, haben die politischen Wahlvorschläge bei weitem die meisten Stimmen auf sich gezogen. Festlag war der Kampf in Bochum, wo drei Listen aufgestellt waren. Hier wurden 45 Vertreter für die Gemeindefürsorge, 10 für die Bekennnisfreunde und 5 für die Freie Volkskirche gewählt. Religiöse Sozialisten traten in Witten, Bochum und Gladbeck hervor.

So hat man in Westfalen in verständiger Weise der Parole, die von einem Oberfeld der Kirchenliste ausgegeben wurde, widerstanden. In derselben Weise ist in den übrigen Provinzen vorgegangen worden, in Pommern, Sachsen, Brandenburg, Schlesien. Auch in Berlin sind in den weitaus meisten Kirchenvereinen Vereinbarungslisten aufgestellt worden.

(Ausgeschnittene Freimarken.) Nach Anordnung der zuständigen Stellen dürfen seit 1. Januar ausgeschnittene, in Briefumschlägen, Postkarten, Kartenbriefe usw. eingedruckte Postwertzeichen zur Freimachung von Postsendungen nicht mehr benutzt werden.

(Polizeistunde an Karnevalstagen.) Von zukünftiger Seite wird mitgeteilt: Auf Grund eines Erlasses des Ministers des Innern sind die Polizeistunden der Provinz Westfalen ermäßigt worden. Karnevalsonntag und -montag die Polizeistunde für Veranstaltungen aller Art auf Antrag bis 3 Uhr morgens zu verlängern.

(Mehrerkrankte Krankheiten in Preußen.) Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, sind in Preußen in der Zeit vom 2. bis 20. November 1924 nachfolgende Erkrankungen (Todesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Diphtherie 2267 (111), Fleckfieber 1, übertragbare Genickstarre 24 (16), Kindbettfieber 437 (91), Spinale Kinderlähmung 81 (2), Rötterkrankheit 161, Sungen- und Kehlkopf-Tuberkulose 3846 (1949), Milzbrand 3 (1), Pocken 2, übertragbare Mähr 192 (12), Scharlachfieber 2364 (38), Tollwut 2 (2), Unterleibstypus 1084 (92), Fleckfieber, Scharlach und Wurmfieber 24, Mährerkrankungen durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere 75.

(Gefangene der Polizei in Fundstücken.) Einer Polizeibehörde wurde ein Hund als Fund eingeleitet und von dieser, da sich der Besitzer nicht meldete, getötet. Das Oberlandesgericht Hamburg hat entschieden, daß die Polizei nicht berechtigt ist, die an sie abgelieferten Fundstücke zu vernichten. Sie ist vielmehr verpflichtet, für deren Verwahrung zu sorgen und sie eventuell (z. B. lebende Tiere, leichtverderbliche Gegenstände usw.) zu verkaufen und den Erlös, wenn sich der Verfallsträger nicht meldet, an den Finder herauszugeben. Ist infolge der Vernichtung ein Erlös nicht vorhanden, so haften die Polizei sowohl dem Verfallsträger wie dem Finder gegenüber für den entgangenen Erlös.

(Luftverkehr zum Industriegebiet.) Ueber die Absichten der Stadt Bremen, sich im kommenden Jahre eine entscheidende Stellung im deutschen Luftverkehr zu sichern, verlauten folgende Einzelheiten: Durch die Bremer Luftverkehr G. m. b. H. hat die Stadt Bremen Beziehungen zu den Junkers-Werken aufgenommen, um im Jahre 1925 zunächst Luftverkehrslinien nach Mitteldeutschland über Kassel und nach dem rhein. westf. Industriegebiet über Dortmund zu erschließen. Die Bremer Luftverkehrsgesellschaft denkt ihre Tätigkeit aber nicht auf die Zusammenarbeit mit dem Junkers-Konzern zu beschränken, sondern arbeitet auch mit der in Bremen ansässigen Gesellschaft Jode-Wulf zusammen. Mit dem kleinen Flugzeug dieser Firma sollen die für Bremen besonders wichtigen Anschlußstellen an die Luftwege London und Berlin hergestellt werden. Auch in diesem Jahre wird ein Luftverkehr nach den Nordseebädern eingerichtet. Die Maßnahmen Bremens, durch eine städtische Luftverkehrsgesellschaft zwei verschiedene Flugzeugwerke in ihren Dienst zu stellen, dürfte auch in anderen Städten Nachahmung finden.

Das Landesarbeitsamt, Abt. Bergbau, in Bochum, teilt uns mit: Die durch einige Regelungen des Industriegebietes in den letzten

Tagen verbreitete Notiz, daß insbesondere eine bestimmte Reihe des nördlichen Industriegebietes größeren Bedarf an Bergarbeitern habe, ist nicht von uns veranlaßt worden. Zur Klarstellung der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage im rhein. westf. Steinkohlenbergbau sei aber darauf hingewiesen, daß eine größere Anzahl Zechen Bedarf an Bergarbeitern unter Tage (Hauer, Bohrer und Schläpfer) angemeldet hat. Familienwohnungen sind allerdings zunächst nicht vorhanden. Unterkunft kann daher nur in Bedingehäusern und Privatlogis erfolgen. Nähere Auskünfte erteilen die zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweise.

(Stadt. Volkshochschule.) Am Montag, den 9. d. Mts., abends 8 Uhr, wird Herr Dr. Jeller in der Aula des Gymnasiums die reizende Oper „Carmen“ von Bizet behandeln. Der Besuch dieses Vortrags kann auch den nicht eingetragenen Hörern höchstens empfohlen werden. Die Einzelkarte kostet 1 Mark; der Betrag ist am Eingang zur Aula zu entrichten.

(Die alten Tausendmarktscheine.) Auf den Schein mit den alten rotgeprägten Tausendmarktscheinen fallen immer noch leichtgläubige in großer Zahl herein. Gerade diese Scheine sollen die Zukunft der Besitzer sich stellen, so hoffen die Fälscher dieser Papiermarke-Scheine, die größte, wenn nicht volle Aufwertung bringen. Wie gern und leicht man dem Scheinverfälscher, beweist nachfolgende Gerichtsverhandlung vor dem großen Schöffengericht in Hamm: Des verurteilten Betrügers hatten sich der Händler B. und der Bergmann G. aus Berries zu verantworten. Am 4. Oktober 1924 hatten sie im „Altecker Kreisblatt“ folgende Anzeige aufgegeben: „Achtung! Achtung! Wir nehmen alte Tausend- und Hundertmarktscheine in Zahlung und liefern Fahrräder und Motorräder. Gegen Befugung von 1 Rentenmark erteilen Auskünfte Göge & Co.“ Tatsächlich hatten sich Dumme gefunden, die auf diesen Schein hereinfielen. Jedoch war die Polizei auf die Anzeige aufmerksam geworden und ließ B. in dem Augenblick verhaften, als er die polizeilich eingegangenen Anfragen abholen wollte. Es lag bereits eine ganze Anzahl Briefe mit 1 Rentenmark Einlage bei Gericht vor. Die Angeklagten gaben an, die Absicht gehabt zu haben, ein Fahrradverleihgeschäft zu gründen. Für die Hundert- bzw. Tausendmarktscheine hätten sie 10 bzw. 50 Pfg. vergütet wollen. Diese seien lebhaft als Reklamemittel verwendet worden. Die geforderte 1 Rentenmark sei zur Deckung der Unkosten erforderlich gewesen. Das Gericht schenkte selbstverständlich den Ausführungen der Angeklagten keinen Glauben, sondern charakterisierte das Vorgehen als plumpes Scheinverfälschen, bei dem es nur darum zu tun war, recht häufig eine Rentenmark zu bekommen; denn die „Firma“ Göge & Co. — die übrigens gar nicht existiert — hatte nicht ein einziges Fahrrad in Besitz. Da es sich nur um einen verurteilten Betrug handelte, wurde nur eine Strafe von 120 Mark für B. und 60 Mark für G. verhängt, wobei Strafmildernd berücksichtigt wurde, daß beide noch nicht vorbestraft waren, sonst wäre wohl eine exemplarische Strafe für solche Scheinverfälscher am Platz gewesen.

(Unhaltbare Zustände.) Auf einem Bauplatz an der Dörrstraße ist ein Teil des den Bauplatz umgebenden Zaunes, welcher der Straße nicht zur Zierde, wohl aber dem Verkehr zum Hindernis gereichte, umgebrochen. Man würde dadurch nimmermehr besser Einsicht in das Arbeitsfeld erhalten, wenn dasselbe von Wassergräben nicht bis oben an gefüllt wäre. Auf dem Platz wird der Grundstein zu einem Hause gegründet und war man gerade beim Ausschachten beschäftigt, als das heftige Regenerwetter der letzten Tage die Arbeiternden durch Einbringen in die Schachtgrube vom Platz verwies, und sich allmählich die Grube in einen Teich verwandelte. Das Umfallen des Zaunes hat diesen Teich hien und hienweger Kinder verlockend nahegebracht, während sie seine gefährliche Tiefe nicht ahnen. In Anbetracht der Gefahren die dieser Teich in sich birgt, sei daher an dieser Stelle öffentlich gewarnt den Bauplatz zu betreten. Der Eigentümer aber möge zur Vermeidung von Unfällen dafür sorgen, daß der Platz wieder ordnungsgemäß umzäunt werde.

Bergkamen, 7. Febr. (Eternabend.) Die Nordbergschule veranstaltet am kommenden Sonntag im Saale des Herrn Wellhausen einen vielversprechenden Eternabend, an dem u. a. zwei interessante Lichtbildvorträge gehalten werden. Der Anfang ist auf 5 Uhr festgesetzt. Die Eternabendkasse ist herzlich eingeladen.

Bergkamen, 7. Febr. (Berunglückt.) Auf der Zeche Monopol, Schacht Grimborg, verunglückte in der Mittagspause der Zecharauer Arbeiter V. u. r. g. h. d. a. Bergkamen. B. wurde von einem sich gelöstem Stiel Kohle vor den Leib getroffen, das ihn hintenüber zu Fall brachte. Er schlug hierbei mit dem Kopf auf die Kante eines zu beladenen Förderwagens, wodurch er an einem Genickbruch den sofortigen Tod erlitt. B. war erst seit 10 Monaten verheiratet.

Dortmund, 6. Febr. (Verschiedenes.) In der letzten Sitzung der Wohnungsbaukommission wurde u. a. der Bau von 500 Wohnhäusern aus der Hauszinssteuer 1925 in Aussicht genommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Zahl möglicher auf 1000 zu erhöhen, und Staatszuschuß zu diesem Zwecke nachzusuchen. Die roten Karten für Dringlichkeitsbewerber bleiben bestehen und die Anträge der Kommunisten wegen Verhinderung der Rationierung der zwei- und Dreizimmerwohnungen, sowie weitere Zwangsstationierung der großen Wohnungen wurden zurückgestellt. — Aus Anlaß des Klempnerstreikes in Rheinland und Westfalen fanden Ver-

handlungen vor einem Vertreter des Schlichters für die Bezirke Westfalen statt. Die Schlichterkammer fällt im Anschluß hieran einen Schiedsspruch, wonach der tarifliche Spähenlohn ab 1. Januar 1925 85 Pfg. und ab 20. Februar 1925 90 Pfg. beträgt. Die anwesenden Stellvertreter erklärten nach Fällung des Schiedsspruches, diesen ihren Mitgliedervereinigungen zur Annahme zu empfehlen. — In d. Feldherrnstraße wurde der Dreher Knapp von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet.

Wer ist der Täter?

S Dortmund, 7. Febr. Am 17. Juni v. Js. fand ein junger Mann vor dem Amtshaus Anna-Ramen in Anna ein Paket, in dem sich eine Rolle Zündschnur und ein mit Schreibmaschine geschriebener Zettel befand. Der Zettel enthielt Anweisungen, wie man die Zündschnur in Verbindung mit einer Sprengkapsel zu einem Attentat verwenden und wie man auch sonst noch Attentate ausführen könne. Am Schluß wurde derjenige, der einen Anschlag auszuführen, gebeten, schleunigst zu dem Studenten Ewald Hildebrand zu gehen, der für sein weiteres Fortkommen Sorge trage. Der junge Hildebrand übergab das Paket der Polizei und diese verhaftete den Hildebrand. Dieser war wie aus den Worten gefallen, als man ihm sagte, daß er ein Attentat auf das Amtshaus angestiftet habe. Er bestritt dies und sprach die Vermutung aus, daß der ihm feindselig gestimmte Dr. B. u. l. er B. u. l. ihm einen Streich gespielt habe. Darauf wurde auch Dr. B. u. l. in Haft genommen. Auch dieser konnte nichts von der Sache wissen. Es wurde aber ermittelt, daß der ominöse Zettel auf der Schreibmaschine des Dr. B. u. l. geschrieben sein mußte. B. u. l. war im Jahre 1923 eine Zeitlang in dem Hildebrand'schen Geschäft tätig gewesen. Nach seinem Austritt aus demselben hat Dr. B. u. l. eine Unmenge Anzeigen wegen strafbarer Handlungen gegen Hildebrand erlassen und Belästigungsklagen angestrengt. Ewald Hildebrand hat sich in gleicher Weise gegen Dr. B. u. l. revanchiert. Alle diese Anzeigen und Klagen haben zu nichts geführt. In Briefen, die mit verstellter Handschrift an Dr. B. u. l. nach dem Fund vor dem Amtshaus geschrieben worden sind, ist der Verdacht, daß das Paket vor dem Amtshaus niedergelegt zu haben, aber es haben niederlegen lassen, auf Hildebrand gelenkt worden. Gegen Dr. B. u. l. ist gleichwohl Anklage erhoben worden, daß er durch Androhung eines gemeinen Verbrechens den öffentlichen Frieden gefährdet, daß er wider besseres Wissen eine Anzeige bei einer Behörde gemacht habe, durch die Hildebrand seine Freiheit bestraft worden sei, ferner daß er Hildebrand beleidigt habe. Diese Strafsache wurde vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Der Angeklagte B. u. l. bestritt, daß er den Zettel im Hildebrand'schen Geschäft geschrieben habe, auch daß er ihn habe schreiben lassen und daß er das Paket habe vor dem Amtshaus niedergelegen lassen. Er führte zunächst den Beweis, daß er an dem Vormittag, an dem das Paket vor dem Amtshaus gefunden wurde, zu Hause gewesen sei. Dann bestätigten Schmeigervater, Fenne und ein früheres Dienstmädchen des Dr. B. u. l., daß am dem Tage des Fundes fremde Leute sich in das Haus eingeschlichen und die Schreibmaschine des Dr. B. u. l. benutzt hätten. Von einem der Einschleichen sollen nach einer Behauptung des Dr. B. u. l. wichtige politische Dokumente gestohlen worden sein. Das Ergebnis der Beweisführung war, daß das Gericht zu der Auffassung kam, daß der Inhalt des bei der Zündschnur enthaltenen Zettels keine Androhung eines gemeinen Verbrechens, durch das der öffentliche Frieden gefährdet wurde, enthalte, weshalb in dieser Beziehung eine Freisprechung aus rechtlichen Gründen zu erfolgen habe. Da für eine Belästigung ein Strafvergehen nicht vorliegt, sei in dieser Beziehung das Verfahren einzustellen. Wenn auch für die wissenschaftliche Angewandtheit und dadurch hervorgerufene Freiheitsberaubung ein starker Verdacht gegen Dr. B. u. l. bestehe, so sei der stichhaltige Beweis, daß Dr. B. u. l. der Täter oder Veranlasser sei, doch nicht zu erbringen gewesen. Deshalb müsse auch hier auf Freisprechung erkannt werden.

Bochum, 6. Febr. (Bergarbeiter-Forderungen.) Eine hier abgehaltene Funktionärskonferenz der Tagesarbeiter des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter für die Bezirke Bochum, Witten, Hattungen und Langendreer beschäftigte sich mit Knappschafts- und Organisationsfragen sowie mit der Frage der Arbeitszeit in Tagesbetrieben. Nach eingehender Aussprache wurde zur Frage der Arbeitszeit in Tagesbetrieben eine Entschließung angenommen, in welcher erklärt wird, daß man sich mit der vom Reichsministerium vorgenommenen Regelung der Arbeitszeit für die Tagesarbeiter im Ruhrbergbau nicht zufrieden geben könne. Für diese wird die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit gefordert. Man erwartet von dem in den nächsten Tagen zusammentretenden Schiedsgericht, daß den Wünschen der Tagesarbeiter in der Arbeitszeitfrage Rechnung getragen wird. Ferner erwartete die Konferenz, daß das Reichsarbeitsministerium seinen bekannten Beschluß über die verkürzte Arbeitszeit für die Kohlearbeiter revidiert und allen Arbeitern in durchgehenden Betrieben die Achtstundenschicht gibt. In einer zweiten Entschließung, die gleichfalls angenommen wurde, erbot die Konferenz Protest gegen die Versuche, das Knappschaftsgesetz zu verschlechtern, insbesondere aber gegen die Verringerung der Mehrleistungen der Knappschaftskrankenkasse. Es wird die schnellste Wiedereinführung insbesondere der Familienhilfe ohne Beitragserhöhung gefordert. Eine dritte Entschließung beschäftigt sich mit Organisationsfragen.

Gladbeck, 4. Febr. (Kleine Betriebsveränderungen der Staatszechen.) Vor kurzem gingen von Gladbeck aus Nachrichten durch die Presse, die Staatszechen planten für die allernächste Zeit große Kolonienbauten für Rheinbaben, außerdem Umbau eines neuen Schachtes dortselbst sowie Umbau des Luftschachtes in Gladbeck zum Förderloch. Die hiesige Berginspektion 2 schreibt zu diesen Meldungen: „Die finanzielle Lage gestattet es uns nicht, größere Betriebsbauten d. h. solche, die irgend-

wie die Öffentlichkeit interessieren könnten, auszuführen. In absehbarer Zeit wird Rheinbaben keinen neuen Schacht erhalten; der Wetterloch 5 der Mollerfälsche wird nicht zum Förderloch umgebaut, mit der Kohlenförderung ist dort nicht begonnen. Wir hoffen, die Mittel zu erhalten, um die Siedlungsbauten auf der Resselheide bei Bottrop — im Rahmen der seit Jahren bestehenden Genehmigung — um einige wenige Wohnungen vermehren zu können. Auch im übrigen Bezirk der Bergwerksdirektion Miedlinghausen sind z. B. keine erheblichen Neubauten beabsichtigt.“

Barmen, 6. Februar. (Eingemeindungskämpfe.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte eine längere erregte Aussprache die Eingemeindung von Langerfeld nach Barmen. Der Westfalenbund erhob schwere Vorwürfe gegen die Verwaltung bezüglich der Eingemeindungsverhandlungen und vertiefte sich zu der Beschuldigung von Eingemeindungskämpfen, bei dem unfaulere Mächte in Grundstücksäufen und bei der Uebernahme von Langerfeld der Beamten in die Barmen Verwaltung vorgekommen sein sollten. Die Verwaltung wies diese Vorwürfe zurück. Unter allgemeiner Heiterkeit des ganzen Hauses wurde große Unzufriedenheit vorgenommen, wobei u. a. berichtet wurde, daß bei den Festlichkeiten anläßlich der Eingemeindung Ländlichkeiten zwischen Freunden und Gegnern der Eingemeindung dahin ausarteten, daß einem Beteiligten der Daumen abgebissen wurde.

Düsseldorf, 6. Febr. (Eduard v. Schöhardt.) Der bekannte Kunstmaler Prof. Dr. Eduard v. Schöhardt ist nach nur einjährigem Krankenlager im Alter von 84 Jahren gestorben.

Um die Ruhrkredite.

In Anlaß der die Zeitungserörterungen über die Ruhrkredite, die die Ruhrkredite an den Ruhrbergbau ist wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß der Ruhrbergbau während des pasten Widerstandes an den von der Regierung gewährten Unterstühtungen sich bereichert habe. Wie hier von unterrichteter Seite erklärt wird, hat der Ruhrbergbau an Lohnsicherung insgesamt 7,8 Prozent des Gesamtbeitrages an Lohnsicherung empfangen, während er, gemessen am Anteil der Bevölkerung, auf 20 Prozent Anspruch gehabt hätte. Bei der Festlegung der Entschädigung folgte die Regierung dem einstimmigen Gutachten einer Kommission des Reichspräsidenten, in der die ersten Sachverständigen der sozialdemokratischen Partei in bergmännischen Fragen saßen.

Ein Protest der früheren sozialdemokratischen Minister.

Die früheren sozialdemokratischen Reichsminister Dr. Hilferding, Robert Schmidt und Solmann erlassen eine Erklärung gegen die Behauptung, daß auch die sozialdemokratischen Minister der beiden Kabinette Stresemann für die Entschädigung von 700 Millionen Mark an die Ruhrindustrie mit verantwortlich seien. Dr. Hilferding sei bereits am 2. Oktober 1923 aus dem Kabinett ausgeschieden, lange bevor Verhandlungen zwischen der Ruhrindustrie und der Meum stattfanden. Als im Oktober 1923 die Schiedskommission für ihre Befassung aus den Meumverträgen verlangte und dem Reichskabinett Vertragsentwürfe über die Entschädigung vorgelegt wurden, hätten sich die sozialdemokratischen Reichsminister schon in Demission befunden. In der Kabinettsmission erklärten die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zu Protokoll, daß sie keine Verantwortung für die vorgelegten Vertragsentwürfe übernehmen könnten und lehnten deshalb die Beteiligung an der Beschlußfassung ab. Die genannten drei sozialdemokratischen Reichsminister verwahren sich deshalb entschieden gegen die Versuche, sie für eine Politik der unzulässigen Verwendung von Reichsmitteln, unter Umgehung des Budgetgesetzes des Reichstages, verantwortlich zu machen.

MAGGI Würze

gekauft in Originalflasche Nr. 6
(mit Plombenverschluss!)
und dann nach Bedarf

aus der
großen

in die
kleine MAGGI-Flasche

nachgefüllt, ist für die Hausfrau

am vorteilhaftesten.



Feurio

bedeutet

Pflege der Wäsche!

Die 80% Feurio ist nachweislich das Beste und Billigste für jede Art von Wäsche.

In 2 Jahren Wohnungs- Ueberangebot?

Das Ende der Wohnungsnot im Herbst.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgenden Aufsatz: Bereits im Herbst vorigen Jahres konnte hier einiges über die Besserung der Wohnungsverhältnisse gesagt werden. Damals konnte ausgeführt werden, daß auf dem Wege der Beleihung auf zweite Hypotheken aus den Erträgen der Hauszinssteuer nach Abschluß des Baujahres 1924 7000 neue Wohnungen in Groß-Berlin hergestellt sein würden. Diese Voraussage, die nach genauer Prüfung der Lage von zu ständiger Seite gemacht worden war, hat sich restlos erfüllt. Zu Beginn des vergangenen Jahres hatte man mit 5000 neuen Wohnungen für Groß-Berlin gerechnet. Die Erwartungen sind also weit übertroffen worden. Der Erfolg dieses Systems im letzten Baujahre wurde bereits eingangs für Groß-Berlin gekennzeichnet. Ähnlich liegen die Dinge in der Provinz, wenn auch nicht ganz so günstig, da Berlin zweifellos durch seinen großen Anteil an der Hauszinssteuer besonders bevorzugt gewesen ist, und auch bleiben wird.

Berlin erhält aus den staatlichen Mitteln einen Baukostenzuschuß von monatlich 6 Millionen Mark, das sind pro Jahr über 70 Millionen Goldmark. Diese Summe macht circa 50-60 Prozent der Gesamtbaukosten aus. Der Rest wird aus Privatemitteln bestritten, teilweise auch von Hypothekenbanken beliehen zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 10 Prozent, worauf 2 Prozent Unterverbesserung zugunsten der Bauherren kommen. Mit dieser Summe werden bei ganz vorzüglicher, sachverständiger Schätzung Neubauten von jährlich 10.000 Wohnungen mit 2-4 Zimmern, in Einzelhäusern mit 5 Zimmern erreicht. 7000 Wohnungen sind bereits jetzt in Berlin im Bau; sie werden teilweise schon zum Mai, Juni, fertig. Weitere 3000 sind in Vorbereitung.

Bei weiterer Stetigkeit dieser Entwicklung, die lediglich von einer Sicherung der Hauszinssteuer abhängt, wird in Deutschland nach 2 Jahren die Wohnungsfrage nicht nur gelöst sein, sondern das Angebot der Wohnungen die Nachfrage bereits wieder übersteigen können. Der Wohnungsnot wird zum Herbst gesteuert sein, sobald dann mit einer Aufhebung der Zwangswirtschaft zu rechnen ist. Die Wohnungsämter als solche würden aufgehoben werden. Allerdings bleibt vorläufig der Mieterschutz selbstverständlich gesichert. Solange das Wohnungsangebot die Nachfrage noch nicht übersteigt, muß natürlich jeder davor geschützt sein, daß er vom Wirt eines Tages auf die Straße gesetzt wird und ohne Obdach ist. Augenblicklich befinden wir uns im Uebergangsstadium zur freien Wohnungswirtschaft. Abgesehen davon, daß vom 1. Januar ab die Zwangswirtschaft für möblierte Wohnungen aufgehoben ist, daß weiter niemand mehr zur Vermietung eines Teiles seiner Wohnung gezwungen werden kann, ist mit dem vom Rheinland übernommenen System der „roten Karten“ eine Erleichterung für diejenigen geschaffen worden, die in einem alten Hause eine Wohnung suchen. Während bisher die Wohnungsmieter auf Grund ihrer Papiere die freizuerwerbenden Wohnungen zuweisen, werden jetzt „Wohnungsamtskarten“ ausgestellt, auf Grund deren sie sich eine Wohnung mieten können. Und aber schon jetzt befristete Mietverträge für Familien davor zu schließen, daß sie keine Wohnung finden, eine Gefahr, die bei freier Wohnungswirtschaft immer besteht, wollen die Städte diesen Familien vor allem ihre eigenen Siedlungen zur Verfügung stellen. So hat der Magistrat Berlin 5 Millionen zur Verfügung gestellt, die ohne private Unterfütterung zur Herstellung von 1200 neuen Wohnungen für Kinderbewohnte benutzt werden. Teilweise wird nämlich von den Mietern einer neuen Wohnung eine hypothekarische Beteiligung am Haus gefordert. Andererseits ist aber auch die Miete in einem neuen Hause, die einer staatlichen Regelung nicht unbedingt unterliegt, wesentlich höher als in den alten Häusern. Die darf aber nicht mehr als 150 Prozent der Friedensmiete betragen, bei ganz ungünstigen Verhältnissen. Trotzdem sind diese Mieten natürlich für viele Kreise des Volkes sehr schwer erträglich. Deshalb werden die Magistrats-Siedlungen weiter errichtet. Andererseits ist die Höhe der Mieten von neuen Wohnungen erklärlich aus den hohen Baukosten. Gegenüber dem letzten Jahre ist eine Preissteigerung von ca. 40 Prozent eingetreten. Das erklärt sich daraus, daß im vergangenen Jahre die wesentlich billiger hergestellten Bestände an Ziegeln aufgebraucht sind. Die in den letzten Jahren stillgelegten Ziegelfabriken sind mittlerweile sämtlich wieder in Betrieb. Gegenüber der Vorkriegszeit stellt sich ein Hausbau ca. 140-145 Prozent teurer. Diese Differenz muß sich naturgemäß in den Mieten mit auswirken. So liegen die Dinge. Die Wohnungsnot nähert sich rascher, als wir hoffen war, dem Ende. Einzelne Städte, die im vergangenen Jahre noch ungünstige Ergebnisse hatten — Potsdam, Kassel, Breslau, Hannover, Königsberg seien genannt —, werden ebenfalls in absehbarer Zeit zum Ziele kommen. Im Ruhrgebiet und Rheinland ist ebenfalls ein Ausweg zu verzeichnen. Koblenz und Trier haben allerdings mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch in Oberschlesien, das von den aus den polnischen Gebieten Ausgewiesenen besonders überflutet ist, ist die Lage trübe. Aber auch dieser Not wird gesteuert werden können, wenn mit der gleichen Energie und Zähigkeit wie in anderen Gebieten an der Lösung der Wohnungsfrage gearbeitet wird.

Von sachmännischer Seite wird — wie gesagt — mit Beseitigung aller Schwierigkeiten, mit der Rückkehr auf Friedensstand in höchstens zwei Jahren gerechnet. Wenn, wie einige behaupten, im gleichen Tempo weiter gearbeitet werden kann und die Stetigkeit des erfolgreichen Systems gewahrt bleibt, dann wird in kurzer Zeit die Aufhebung der Wohnungswirtschaft erfolgen können.

Der Tod eines deutschen Oberförsters.

Ein Lebensbild aus der Weimarer Zeit.

Am 10. März vor. J. ist der Oberförster Feldmann auf einer Fahrt nach Kassel, wo er einer Versammlung der vertriebenen staatlichen Oberförster beizuwohnen wollte, gestorben. Feldmann ist einer von den Tausenden von deutschen Männern, die dem französischen Erbfeind, als er alten Gewohnheiten getreu verständig pflanzend, mordend und qualend im Januar 1923 in deutsches Land einbrach, nicht um Haarsbreite entgegenkam; vielmehr unter Einwirkung von Genuß und Vergnügen dem Vaterlande bis zum äußersten zu dienen strebte. Auch er, einer von den vielen, die umsonst geküßt und geglaubt haben. Lieber die Weiden, die zu seinem Tode geführt haben, liest man in einem Protokoll, das am 20. April 1923 im Krankenhaus der Varmherzigen Brüder in Trier aufgenommen worden ist, und das jetzt die Zeitschrift „Der deutsche Forstwart“ der Öffentlichkeit übergibt, um das Gedächtnis des Toten zu ehren und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, welcher bestialisches Rohheiten die französischen Einbruchshorden sich schuldig gemacht haben, Träger einer Moral, wie sie tiefstehender nicht gedacht werden kann:

Wir kamen um 1/2 Uhr in Trier an, fuhren zum Geschäftszimmer des französischen Oberförsters, von dort nach einhundertfüßigen Wäldern zum Untersuchungsgefängnis Rangsstraße. Ich wurde in Einzelhaft genommen. Nach einiger Zeit erschienen bei mir französische Soldaten unter Führung eines Korporals, die mich anschrien, mitzukommen und mich gleichzeitig vor sich hinhoben in die Wachtstube. Dort drückten sie

mir einen Beutel in die Hand und gaben mir zu verstehen, die Stube auszusuchen. Als ich mich weigerte, unter dem Hinweis, daß die Stube im Krieges nicht von Offizieren hätte ausgeführt zu werden brauchen, eilte der Korporal fort, die Mannschaften schrien mich rechts und links am Arm, zogen mich an den Tisch und der inzwischen zurückgekommene Korporal schlug auf mich ein. Ich riß mich los, und erhielt gleichzeitig einen festen Tritt gegen das Gesicht. Dann wurde mir der Mantel ausgezogen und mir nochmals zugeführt, ich sollte nun aber endlich das Zimmer ausfüllen. Ich sah, daß Sträuben nichts nützte, zumal mir gesagt wurde, daß der Präsekt (Vandrat von Haff) daselbst tun müßte. So setzte ich die Wachtstube aus, wobei ich dauernd zu größerer Eile durch Zurufe und Schreien der Soldaten ermuntert wurde. Nach dieser Arbeit wurde ich zum Annahmen des Ofens angehalten, auf meinen Einwurf, daß ja Glut im Ofen sei, wurde mir entgegnet, die Glut müsse heraus. Auf mein Verlangen nach einer Schaufel, um die Glut zu entfernen, bestanden sie darauf, daß ich die

Kohlen, die zum Teil noch glühten, mit der Hand aus dem Ofen holte. Bei dieser Arbeit erhielt ich nochmals einen Tritt derart, daß ich mit dem Kopf gegen den Ofen flog. Dann mußte ich aus der Kohlenstube die noch brandbaren Kohlen herausziehen, den Ofen reinigen und die herausgeworfenen Kohlen und Asche zusammenfegen. In meine Zelle zurückgeführt, erschien nach Ablauf einer halben Stunde dieselbe Mannschaft, die sich aus der Affäre eine Niesenreide zu machen schien, und holte mich von neuem zum Ziehen der Wachtstube, die sie inzwischen stark verunreinigt hatten. Dann wurde ich in meine Zelle geführt und nach einer weiteren halben Stunde erneut zum Bettenmachen geholt. Ich mußte die Lager der Mannschaften in Ordnung bringen. Dem inzwischen angekommenen Gefängniswärter wurde ich erst gegen 9 Uhr abends vorgeführt, indem ihm gleich bedeutet wurde, daß ich nicht hätte arbeiten wollen, worauf er meinte, dies Sträuben würde er mir schon austreiben und mich befehl, mich auszuziehen. Gleichzeitig nahm auch er wieder eine

schwere Federpeitsche in die Hand. Vor den Augen der herumstehenden Mannschaften mußte ich mich ausziehen. Der Sergeant stand einen Meter von mir entfernt. Nach seinem drohenden Verhalten war ich darauf gefaßt, daß er mich mit der Reitpeitsche schlagen würde; er fühlte dann aber nur nach, ob ich nicht in der heruntergelassenen Hose irgendwelche Gegenstände hätte. Diese Prozedur dauerte etwa 5-10 Minuten. Auch hierbei hatte ich den Eindruck, daß der ganze Austritt nur den Zweck hatte, mich vor den Augen der Wachtstubenlächerlich zu machen. In der Nacht kamen die Wachmannschaften noch stundenlang, insbesondere der auf dem Flur patrouillierende Posten, fortwährend, fast in regelmäßigen Zeitabständen, traten gegen meine Zellentür und schrien: „debout! debout!“ solange, bis ich ein Zeichen gab, daß ich war, als ich das einmal nicht tat, kamen sie in die Zelle bis an mein Lager und schrien mich an, aufzustehen.

Bereits in dieser Nacht fühlte ich einen dumpfen Kopfschwindel, versuchte mich zu erheben, fiel aber bewußtlos wieder auf meine Bettschüssel. Als ich nach einiger Zeit erwachte, hatte ich noch immer das Gefühl eines starken Schwindels. Da ich mir aber von einer Meldung keinen Erfolg versprach und mich am anderen Morgen leicht erholte, unterließ ich es, hiervon Bericht zu erstatten. Seit meiner Verhaftung hatte ich bisher keine Verpflegung bekommen. Zwischen 10 und 11 Uhr vormittags erhielt ich eine

Tasse Kaffee und trockenes Brot. Am folgenden Morgen mußte ich zunächst über eine Stunde klopfen, ehe mir Gelegenheit gegeben wurde, auszutreten. Dieser Liebelstand wiederholte sich nachher noch einmal. Vormittags wurde meine Zelle aufgeschlossen, ich trat an die geöffnete Tür und hörte, wie der alte Wachtstube den neuen besonders auf mich als Sibirischen aufmerksam machte. Kurze Zeit darauf trat der neue Korporal einen Schritt vor in meine Zelle und gab mir mit voller

Gewalt einen Schlag vor die Brust,

daß ich zurücktaumelte und gegen meine Bettschüssel fiel. Dieser Korporal war besonders übel, er hat auch am 8. März zwei andere Gefangene sehr streng behandelt und mich selbst in ungläublicher Weise angefahren. In Verpflegung bekam ich morgens den angegebenen Kaffee mit Brot, mittags 12 Uhr Kartoffeln und etwas Fleisch, aber sehr wenig, oder statt dessen Rinsen oder Reis. Nachmittags 5 Uhr Bratkartoffeln und Brot. Alles war immer kalt. Kartoffeln usw. reichlich, Fleisch wenig. Es war diese unsere Verpflegung ansehnend, das, was vom Essen der Mannschaften übrigblieb. Die marokkanischen Soldaten reichten einem die wenigsten.

Fleischstücke, die sie übrig ließen, mit der Hand zu. Es war dies sehr widerlich, da u. a. z. B. der Rentmeister Müllisch einmal sah, wie ein solcher Farbig nach Behandlung seiner Geschlechtskrankheit, ohne sich gewaschen zu haben, Essen austeilte. Den Gefangenen war so gut wie keine Waschanlage gegeben, da hierfür nur ein einziger Wasserkran verfügbar war.

Auf Anordnung des französischen Oberförsters wurde die mir zuteil werdende Behandlung insofern etwas besser, als ich keine Prügel mehr bekam und auch vom Arbeitsdienst befreit wurde. Die Verpflegung war weiter dauernd schlecht.

Am 9. März wurde ich erneut zum Arbeitsdienst, Aussehen der Kaserne, herangezogen. Während ich mit dieser Arbeit beschäftigt war, wurde mir von einem Marokkaner eine große

Konfervenbüchse gegen den Kopf geschleudert, weshalb, ist mir unbekannt. Nur durch eine schnelle Bewegung gelang es mir, dem Wurf soweit auszuweichen, daß er nur meine Hüfte traf. Doch fühlte ich durch die plötzliche Bewegung einen heftigen Kopfschmerz, der mich den ganzen Tag über plagte.

Am 10. März, vormittags gegen 10 Uhr, als der mir inzwischen beigegebene Zollinspektor zu einer Arbeit herausgerufen war, fühlte ich wieder einen stärker werdenden Kopfschmerz. Ich erhob mich von der Bettschüssel, um zur Tür zu laufen, brach aber bereits vor ihr bewußtlos zusammen. Ich habe dann die ganze Zeit bewußtlos gelegen, ohne daß sich anscheinend jemand von den Franzosen um mich kümmerte. Erst auf Verreiben eines Mitgefangenen erschien gegen 6 Uhr nachmittags der französische Arzt, der mich in das französische Militärhospital überführte. Im französischen Hospital wurde ich in eine Arrestzelle (Zofschützelle) gelegt und von marokkanischen Soldaten bewacht.

Am Sonntagmorgen wurde ich eingehend untersucht und ein

Schlaganfall mit linksseitiger Lähmung

festgestellt. Ich hatte ein Eisenbett mit Matratze und Decken, für die eine deutsche Schwester sorgte. Am zweiten Tage des Morgens machte mir ein Sanitätsgefreiter einen Einlauf und entfernte sich dann. Als nach einer Viertelstunde die Wirkung einsetzte, rief ich, die Marokkaner kümmerten sich aber nicht darum, so daß am Schluß das ganze Bett beschmutzt und naß war. Als der Sanitätsgefreite kam, nahm er einfach vom zweiten Bett, das in dem Zimmer stand, ein weißes Laken und deckte das über das Ganze. Erst als 1-2 Stunden später die deutsche Schwester kam, wurde ich trocken gelegt.

Ich hatte in dem Lagerraum das Gefühl, gänzlich verlassen zu sein. Die ärztliche Behandlung bestand aus Abgabe von Digitalis und Brom, in 50- bezw. 100-Gramm-Flaschen gelöst, und Aspirin und Morphin (2mal). Als ich aber einmal 4 Tage keinen Schlaf hatte, gab man mir nichts, sondern erst die deutsche Schwester gab mir heimlich Brustpulver. Die Verpflegung war unzureichend. Ich erhielt z. B. am Montag eine Schüssel dicke Fleischsuppe, von der ich in meinem Zustande, nur vom Hunger getrieben, ganz wenig essen konnte. Außerdem gab es öfters kalte, harte Eier, die ich ebenfalls kaum essen konnte, und Milch.

Erst nachdem es meiner Frau gelungen war, Zutritt zu mir zu finden, konnte ich mich seelisch etwas erholen.

Nachdem Feldmann nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus, wohin er endlich hatte überführt werden können, eine Zeitlang sich in Hommes am Rhein aufgehalten hatte, wurde er am 3. November 1923 vom französischen Militärgericht wegen unerlaubten Holzverkaufs zu einem Jahr Gefängnis mit Strafausschub verurteilt. Am 19. November wurde er aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Die Oberförsterstelle Osterode a. S., die ihm zum 1. April 1924 übertragen war, konnte er nicht mehr antreten.

Die Denkschrift über die Aufwertung.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die vom Reichsfinanzministerium verfaßte Denkschrift über die Aufwertung, die bisher als vertraulich bezeichnet war, herauszugeben. Der Zweck der Vorlage ist, für die Behandlung des Aufwertungsproblems eine Grundlage zu schaffen. Die Denkschrift gibt in ihrem Hauptteil eine genaue Darstellung der Entwicklung der Aufwertungsfrage in Deutschland seit dem Beginn des Weltkrieges. Sie behandelt im ersten Abschnitt die Umstellung des Geldwesens beim Beginn des Weltkrieges, im zweiten den Währungsverfall, im dritten wird die Behandlung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuerreformverordnung dargestellt, der vierte Abschnitt enthält die Vorschläge zur dritten Steuerreformverordnung. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß über die zahlreichen Einzelheiten, die das Problem der Aufwertung betreffen, die Ansichten weit auseinandergehen. Lieber eines jedoch besteht in weiten Kreisen Übereinstimmung, nämlich darüber, daß es erforderlich sei, zu einer Regelung zu gelangen, die etwas dauerhaftes darstellt. Hier könne es nur ein Ziel geben, Rechtsgewißheit auf dem Boden eines der Billigkeit entsprechenden endgültigen Ausgleiches. Es handelt sich nunmehr darum, den Schlupftrich unter die Währungsstabilität zu ziehen. Damit sei die Gesetzgebung vor eine große und verantwortungsvolle Entscheidung gestellt. Daß diese Entscheidung nicht in die Irre gehe, davon hänge nicht weniger als die ganze Zukunft des deutschen Volkes ab.

Die deutsche Wirtschaft gegen die erhöhte Aufwertung.

(W) Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte gleichzeitig im Namen der Spitzenverbände der Landwirtschaft, des Großhandels, des Einzelhandels, der Schiffahrt, des Bankwesens, des Bankwesens sowie der Industrie- und Handelskammern, die Vertreter der Presse heute zu einer Aussprache über Aufwertungsfragen eingeladen. Aus den Redatoren des Reichsrates, der Reichsversammlung und der beiden Bundesräte, Dr. Mosler und Wärrmann ergab sich, daß die Industrie ein Hi na usgehen über die Grundzüge der 3. Steuerreformverordnung für alle Wirtschaftszweige für untragbar und für die Währung äußerst gefährlich halte. Auch eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen sei nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers ohne Gefährdung der Währung nur in ganz beschränktem Maße möglich. Diese werde auch gefährdet sein, wenn die neugegründete Aufwertungsgesellschaft in erheblichem Umfang ihr ideales Ziel verwirklichen könnte. Seine Durchführung müsse eine unerhörte große Zahl von Prozessen hervorrufen. Aus allen diesen Gründen halte die deutsche Wirtschaft an der 3. Steuerreformverordnung fest. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Aufwertungsfrage nunmehr sachlich und nüchtern als wirtschaftliche Frage erörtert werden möchte.

Herriots innerpolitische Schwierigkeiten.

Trotz seiner jüngsten Kammerrede erscheint die Stellung Herriots innerpolitisch stark gefährdet. Innerhalb der Regierungsparteien ist die Lage so gespannt, daß in den letzten Tagen die Sitzungen mehrfach unterbrochen werden mußten, um Herriot Zeit zu lassen, sich mit den Sozialisten über die zur Zustimmung gelangten Fragen zu einigen. „Journal des Débats“ stellt ironisch fest, daß die Entscheidung in den parlamentarischen Sitzungen jetzt nicht in den Pausen herbeigeführt werde und die aktuellen Fragen werden nicht im Sitzungssaal, sondern in den Korridoren erledigt. Dazu kommt, daß die Balkanfrage noch keineswegs als erledigt angesehen werden kann. Eine Meldung aus Rom besagt, daß der Vatikan der Ernennung eines Vertreters von Elass, Votbringen am Vatikan seine Zustimmung versagen werde. Auch in Frankreich selbst hält man vielfach das eszifische Kompromiß für ein keineswegs glückliche Lösung der Frage.

Kleine Nachrichten.

Der Reichspräsident gab zu Ehren des diplomatischen Korps ein Essen, an dem die Chef sämtlicher Berliner Missionen, der Reichskanzler, der Reichstagspräsident und die Minister mit ihren Damen teilnahmen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte durch Zufall einstimmig den bisherigen Vorstand wieder und erweiterte ihn durch Zuwahl von vier Mitglieder.

Die Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei hat im preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der vom Ministerium in Anbetracht der Gefahren für die deutsche Jugend die einschneidende Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur und besonders scharfe Kontrolle des Strassenbezugs, Bahnhofshandels verlangt wird.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde nach dem Bericht der deutschen nationalen Fraktion, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für Aufwertung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, abgelehnt. Dafür stimmten nur die Demokraten und die Sozialdemokraten.

Nach polnischen Blättermeldungen wird Polen gegen die Entziehung des Entleerungsrechts in der Danziger Postfrage beim Völkerrat und Protektoren einlegen.

Der Schlußbericht des Kontrollauschusses soll im Laufe der nächsten Woche den öffentlichen Regierungen zugehen.

Der Danziger Poststreit.

Es ist allgemein bekannt, wie der Briefkastenstreit zwischen Danzig und Polen immer weitere Kreise zieht und schon zu einer nicht zu unterschätzenden Gefahr für den Frieden in Osteuropa, wo der reichlich angehäufte Stoff nur auf den gärenden Funken wartet, zu werden droht. Neuerdings ist man in der deutschen Bevölkerung Pöbels und Bonnerellen stark beunruhigt durch eine allem Anschein nach gegen Danzig gerichtete Marschbereitstellung der in Polen und Bromberg stehenden 7. und 8. polnischen Armee. Man denkt an General Jędrzejowski und Błyna und hält das, was dort geschah, auch gegen Danzig für möglich, d. h. soweit die Absichten ehrgeiziger polnischer Generale in Betracht kommen. Die polnische Regierung dagegen wird es sich wohl noch mehrmals überlegen, ob sie bei den Unruhen im eigenen Lande, der gefährdeten Ökonomie und der Unsicherheit der polnischen Bevölkerung, einschl. der Kasuben, es wagen könne, in direktem Gegensatz zum Völkerbunde, und, was mehr bedeutet, zu England, eine bewaffnete Unternehmung gegen Danzig zu unternehmen.

Mehr Gewicht ist daher den wirtschaftlichen Drohungen beizulegen, die jetzt von Warschau herüberfliegen. So ist der polnischen Regierung vor einigen Tagen ein Antrag des Warschauer Senats vorgelegt worden, wonach alle Tarifverträge auf den Eisenbahnen für Aus- und Einfuhr über Danzig aufgehoben werden sollen. Ferner soll das Eisenbahnministerium aufgefordert werden, in Danzig keine Anläufe und Bestellungen für die polnische Eisenbahn mehr zu machen. Außerdem soll auf polnischem Gebiet in der Nähe der Danziger Grenze eine Zollstation eingerichtet werden, die alle über Danzig kommenden Auslandsgüter und alle Danziger Waren, die nach Polen gehen, besonders zu verzollen hat. Schließlich soll eine Revision der Verteilung der Zolleinnahmen zwischen Danzig und Polen in einem für Polen günstigeren Sinne vorgenommen werden.

Durch die zuerst aufgeführten Maßnahmen beabsichtigt man, dem Danziger Handel schwere Schläge zu versetzen, während die Revision der Zollverteilung die finanziellen Einnahmen der Freien Stadt schädigen soll. Ob alle diese Pläne wirklich zur Ausführung gelangen werden, kann mit Recht bezweifelt werden. Polen vergißt immer wieder, daß es sich mit solchen Maßnahmen ins eigene Fleisch schneidet, indem es hierdurch seinen eigenen Exporthandel in gleicher Weise schädigt wie den Danzigs; durch Einrichtung einer Einfuhrzollstation zwischen Danzig und Polen aber würde dieses gerade selbst die dem größten Teil der Danziger Bevölkerung so sehr unerwünschte Zollunion zwischen Danzig und Polen aufheben und Danzig Freiheit des Handels verschaffen.

Ganz wild gebärde sich in der betreffenden Senatskammer der Senatsmarschall Trampczyński, der davon sprach, daß der Danziger Schlang die Giftzähne ausgebrochen werden müßten. Da aber Polen dies bisher nicht fertig gebracht habe, so müsse es Danzig einer Hungerkure unterziehen. Auch mit dem hier genannten Vorgehen würde Polen gegen die geschlossenen Verträge verstoßen. Der polnische Senat scheint jedenfalls mit seinen scharfen Anträgen nicht ohne weiteres durchbringen zu können. Sie werden von der linken energisch bekämpft, und es wird von dieser Seite einer energischen Beilegung des Konflikts durch Entschädigung des Völkerbundes das Wort geredet. Auch der polnische Außenminister Trybicki hat viel von einer friedlichen Lösung der Angelegenheit zu hören. Kann man bei der Bösartigkeit des polnischen Temperaments nie wissen, welche der einander bekämpfenden Richtungen schließlich die Oberhand gewinnen wird.

(Sannov. Kurier.)

Deutsche Volkspartei Westfalen-Süd.

Die Deutsche Volkspartei (Wahlkreis Westfalen-Süd) hielt am 2. Februar in Hagen ihren Vertretertag ab. Die Hauptversammlung war außerordentlich stark aus allen Teilen Südwestfalens besucht. Unter den Erscheinenden bemerkten wir die beiden deutsch-volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Bergmann August Winnefeld und Fabrikant Hermann Klingendorff, die Hr. Landtagsabg. Staatsminister a. D. Dr. Otto Voelck, Dr. Grundmann, Hr. A. v. Kulesza, Galtwiler Verlemer, ferner das Mitglied des Hr. Staatsrates Bergmeier Direktor Brandi-Dortmund und einige der Provinziallandtagsabgeordneten.

Nach einer von vaterländischem Geiste getragenen Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden, Fabrikanten Otto Hombeck, Lützenfeld, wurden die Wahlen zum Zentralvorstand der Gesamtpartei getätigt. Die Deutsche Volkspartei von Westfalen-Süd entsendet in diese Gemeinschaft: Bergmeier Brandi-Dortmund, Ehrenamtlicher Westermann-Lützenfeld, Frau Anna Adams-Hörbe, Prof. Dr. Schröder-Dortmund, Rektor Weber-Gelsenkirchen, Geheimrat Dr. Behrmann-Bochum, Justizrat Schulz-Hagen, Direktor Hübner-Damm. Weiter gehören dem Zentralvorstand der Gesamtpartei an: Fabrikant Otto Hombeck-Lützenfeld, sowie Frau Käthe Ramelow-Dortmund, Generalsekretärin der D. V. von Süd-Westfalen.

Die Stellung verschiedener Anträge an die Gesamtpartei wurde beschlossen. U. a. sollen zur Wahl in den Zentralvorstand vorgeschlagen werden: Prof. Schilling-Soest, Dr. Wendt-Dortmund, Generalsekretär Schilling-Dortmund, Bergmeier-Schulte-Dortfeld, Arbeiter-Vertreter, die in dem zum Zentralvorstand gehörenden Reichstagsabg. Aug. Winnefeld (Bergmann) im südwestfäl. Wahlbezirk bereits einen tatkräftigen und warmherzigen Vertreter besitzen. Wähler-Dortmund (Vor. der Angestelltengruppe), Kirchenermeister Warm-Lützenfeld (Vor. der Handwerkergruppe).

Der engste Vorstand wurde vom geschätzten Ausschuss der südwestf. D. V. einstimmig und debattelos wiedergewählt. Er besteht aus den Herren: Generaldirektor Dr. Bögl-Dortmund (Ehrenvorsitzender), Fabrikant Otto Hombeck-Lützenfeld (1. Vorsitzender), Prof. Schröder-Dortmund (stellv. Vor.), Ehrenamtlicher Westermann-Lützenfeld (stellv. Vor.), Bergmeier Brandi-Dortmund (stellv. Vor.), Generalsekretär Schilling-Dortmund, 1. Schriftführer, Frau Anna Adams-Hörbe, stellv. Schriftf., Fabrikant Oskar Funder-Hagen, 1. Schatzmeister, Direktor Wille-Gelsenkirchen, stellv. Schatzmeister. (In der Presse ist mehrfach der Ehrenvorsitzende der D. V. von Westfalen-Süd als zur Deutschen nationalen Volkspartei gehörig bezeichnet worden. Der 1. Vorsitzende stellte ausdrücklich unter dem lebhaften Beifall der Versammelten fest, daß Generaldirektor Dr.

Bögl der Deutschen Volkspartei immer treu geblieben ist.)

Bergmann August Winnefeld, Dr. A., der von der großen Versammlung beim Erscheinen am Nebentisch sehr warm begrüßt wurde, hielt Johann einen überaus feierlichen Vortrag über die Politik der D. V. im Reichstag. Seine glänzenden Ausführungen lösten am Schluß langanhaltenden Beifall aus. — Staatsminister a. D. Dr. Voelck gab ein sehr interessantes Bild vom Verlauf der Preußensche, die mit der Wahl Brauns zum Ministerpräsidenten nicht ihr Ende erreicht hat. Er stellte unter allgemeinem Beifall den absoluten Willen der D. V. fest, unter allen Umständen an der bisherigen Linie der Preußenpolitik festzuhalten, die in dem Bestreben der Bildung einer Koalition der staatsrechtlichen bürgerlichen Parteien und der Schaffung einer dementsprechenden Regierung in Preußen zu finden ist. „Sollte das Zentrum sich diesem Ziel auch weiterhin versagen, kommt es infolgedessen zu einer Auflösung des Pr. Landtags, so braucht die Deutsche Volkspartei den unvermeidlichen neuen Wahlkampf nicht zu fürchten. Er wird dem Gedanken ihrer Politik den Sieg bringen!“ So schloß der ehemalige Hr. Kultusminister seine interessanten Ausführungen, die von der stattlichen Versammlung ebenfalls mit starkem Beifall aufgenommen wurden.

In der beide Vorträge zusammenfassenden Diskussion sprachen u. a. der Reichstagsabg. Klingendorff, die Hr. Landtagsabg. Dr. Grundmann und Hr. v. Kulesza, ferner Bergmann Nikola-Jedern, Dipl.-Ing. Förster-Hagen, Bergmeier-Dortmund, Brandi-Dortmund, Bergmann Schulte-Dortfeld und Apollonier Büsch-Gelsenkirchen. Absolute Geschlossenheit in der Billigung der Politik der Reichs- und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei seitens der Vertreterversammlung der südwestfälischen Partei, das war das erfreuliche Ergebnis der Debatte im Anschluß an die beiden feierlichen Vorträge der Referenten, das der 1. Vorsitzende, Otto Hombeck-Lützenfeld, am Schluß feststellen durfte. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland wurde die Vertreterversammlung vom 1. Vorsitzenden geschlossen.

Rutiskers Werdegang.

Klempnergehilfe in Libau. — Sauerkraut in groß während des Krieges. — Eine Regierung nach der andern betrogen.

Ueber das Vorleben des Kreditwindlers Rutisker wird zuverlässig gemeldet: Rutisker ist bis zum Ausbruch des Krieges als Klempnergehilfe auf einem Gut in der Nähe von Libau, das einem Herrn von Fried gehört, tätig gewesen, dort wohnten auch Frau und Kinder. Bei Kriegsbeginn verließ er es, sich Heeresleistungen für die russische Armee, und zwar von Sauerkraut, zu verschaffen. Infolgedessen wurden ihm Waggons in größerer Zahl zur Verladung zur Verfügung gestellt, und Rutisker benutzte diesen Vorteil zu umfangreichen Schieberungen, indem er seine ganze Familie über Rußland verteilte und die ihm zur Verfügung gestellten Waggons an Kaufleute, die keine Waggons von der Eisenbahn gestellt bekamen, gegen hohe Entschädigungen abgab. Auf diese Weise gelang es ihm, in kurzer Zeit ziemlich große Mittel zusammenzubekommen. Er kaufte sich dann in Libau zwei nebeneinanderliegende Villen, von denen er die eine sofort abreißen ließ, um einen großen Garten daraus zu machen, und führte ein luxuriöses Haus. Als dann die deutsche Armee einrückte, trat er sofort mit den deutschen leitenden Stellen in Verbindung und verstand es auch hier, sich Aufträge zu verschaffen. Im November 1918, als die deutschen Truppen Libau verließen, kaufte er von einem General der 8. Armee den Libauer Pionierpark und verkaufte ihn kurz darauf weiter an eine dänische Firma, die eine große Anzahlung an Rutisker leistete. Die lettische Regierung, die inzwischen die Gewalt übernommen hatte, erklärte jedoch den Pionierpark als Kriegsbeute und verbot seine Räumung. Rutisker gab jedoch die erhaltene Anzahlung nicht zurück; eine gegen ihn eingeleitete Klage mußte damals eingestellt werden, da Rutisker, der inzwischen mit der lettischen Regierung Geschäfte angebahnt und auch diese betrogen hatte, aus Libau plötzlich verschwunden war. Seine Klischee dahin wurde sofort zu seiner Verhaftung durch die lettische Regierung führen. Inzwischen hat die dänische Firma durch einen Berliner Rechtsanwalt Maßnahmen gegen Rutisker ergreifen. Von Libau aus ging Rutisker nach Deutschland und kaufte u. a. mit Geldern, die ihm die Darlehnskasse zur Verfügung stellte und die er später entwertet zurückzahlte, große Läger von der Reichs-Treuhand-Gesellschaft. Mit den hieraus gewonnenen Geldern setzte er dann seine Transaktionen fort, zu denen auch der Kauf des Hanauer Lagers gehörte. Es wird auf das bestimmteste erklärt, daß Rutisker sehr viel Geld im Ausland liegen hat, mindestens 7 Millionen Goldmark, und daß er damit rechnen kann, wenn er in Deutschland verurteilt werden sollte, nach Verbüßung seiner Strafe immer noch den Genuß seiner im Ausland angelegten Kapitalien zu haben.

Für die Zusammenarbeit zwischen englischer und deutscher Industrie.

(W) Das bekannte konservative Parlamentariermitglied Sir Philip Dawson ist von einer überaus hohen Reise durch Deutschland, Polen und die Randstaaten nach England zurückgekehrt. Sir Philip hat diese Reise dazu benutzt, um zu erforschen, wie er den seit Kriegsende nachdrücklich vertretenen Gedanken der Zusammenarbeit zwischen englischer und deutscher Industrie auf den europäischen und außereuropäischen Märkten verwirklichen könne. Sir Philip sagte bei seiner Rückkehr, daß es ihm vor allem darauf angekommen sei, die rege und enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der englischen Industrie zu fördern, die ein „unterbieten und gereinigtes Halsabschneiden“ auf den Weltmärkten verhindern könne. Er wies darauf hin, wie deutsche Maschinen unter Erzielung geringen Verdienstes die englische Industrie unterbieten.

während es möglich wäre, durch eine Zusammenarbeit der beiden Industrien die Aufträge zu teilen. Sir Philip betonte, daß die deutsche Industrie im Gegensatz zur Vorkriegszeit im großen Maße von der Gewährung von Auslandskrediten abhängig und daß England bei einer Beilegung seiner eigenen Industrien einen weit größeren Anreiz hätte, derartige Kredite zu geben, als in dem Falle, in welchem eine solche Kreditgewährung nur eine Stärkung der deutschen Industrie auf Kosten der englischen bedeute. Besonders anerkennend äußerte sich Sir Philip über Reichsanwalt Dr. Luthar. Er sehe in ihm einen ehrlichen, vaterlandsliebenden und klugen Staatsmann, der entschlossen sei, unter getreuer Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen mit den übrigen Nationen an dem Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten. Sir Philip sagte, er werde in der englischen Öffentlichkeit dafür eintreten, daß Dr. Luthar volles Vertrauen entgegengebracht werden würde. Er sei überzeugt, daß es den deutschen Führern in Deutschland gelingen werde, Deutschland durch alle Klippen hindurch zu steuern, erklärte jedoch, es sei tief bedauerlich, daß das Vertrauen, welches Luthar und seine Regierung in der öffentlichen Meinung des Auslandes genießt, durch die Programme der rechtsradikalen deutschen Seite beeinträchtigt werde. Sir Philip äußerte sich sehr optimistisch über die Zukunft der deutschen Industrie und Deutschland, wesentlich sei jedoch, daß sich der Aufstieg in einer Atmosphäre des Zusammenlebens mit der britischen Industrie entwickele, da eine solche Atmosphäre die Grundlage für das politische Einvernehmen zwischen den beiden Ländern bilde. Sir Philip wandte sich nachdrücklich gegen den Gedanken, daß die Regierungsübernahme in England durch die Konservativen die außenpolitischen Richtlinien Großbritanniens zu Ungunsten Deutschlands beeinflussen habe. Den deutsch-englischen Handelsvertrag bezeichnete Sir Philip als ein für beide Parteien befriedigendes Abkommen. Er zeichnete den russischen Markt als vollkommen ausichtslos, solange dort Fanatiker herrschten, deren Hauptziel die Weltrevolution sei.

Das Arbeitsministerium zum Achtstundentag.

(W) Dem Reichstage ist eine Auslegung des Reichsarbeitsministeriums über die Stellungnahme der Reichsregierung zum Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag zugegangen, darin heißt es, daß die Reichsregierung die Ratifikation des Übereinkommens von Washington über den Achtstundentag nie grundsätzlich abgelehnt habe. Die jetzige Gesetzgebung über die Arbeitszeit sei von der Reichsregierung stets als eine Notgesetzgebung betrachtet und gekennzeichnet worden, an der sie von vornherein nicht länger festhalten wollte, als es die ganz außerordentlich schwierige Lage Deutschlands erfordere. Unsere Verluste, Lasten und Bindungen infolge des Krieges seien so viel schwieriger, als die aller anderen großen Staaten. Insbesondere unsere wirtschaftliche Zukunft wäre so ungewiß, daß niemand von Deutschland ein Vorgehen in der Frage der Ratifikation des Übereinkommens erwarten könne. Das gelte umso mehr, als der Inhalt und demnach auch das Maß der Bindungen in den Gesetzen und der Praxis der einzelnen Länder eine sehr verschiedene Auslegung gefunden habe. Deutschland sei gern bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Abkommens herbeizuführen und würde sich in diesem Falle zu einer Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens bereitfinden. Dabei müsse die Reichsregierung selbstverständlich voraussetzen, daß zur Befriedigung außerordentlicher Gefährdung Deutschlands Lebensnotwendigkeit der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet.

Sitzung des Aufwertungsausschusses.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde zuerst ein Schreiben des Reichswirtschaftsministers Neuhaus verlesen, des Inhalts, daß die Spitzenverbände der Landwirtschaft, der Industrie, der Schifffahrt, des Handels, des Groß- und Einzelhandels, sowie des Banwesens bei ihm vorstellig geworden seien, um ihre Ansichten über die Frage der Aufwertung vorzutragen. Der Minister beauftragte den Wunsch dieser Spitzenverbände, im Aufwertungsausschuß noch einmal über ihre Stellungnahme geäußert zu werden. Er empfiehlt weiter, daß auch der Reichsbankpräsident Gelegenheit erhält, seine Auffassung über die Auswirkungen einer erweiterten Aufwertung zu äußern. Der Ausschuss befaßt sich vor, zu gegebener Zeit darüber zu entscheiden, ob er die Vertreter der Spitzenverbände und den Reichsbankpräsidenten zur Klärung ihrer Ansichten ersuchen werde.

Vorschläge zur Aufwertung.

Vorstand und Sachverständige des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbundes für das Deutsche Reich (Sparerbund) wurden vom dem Reichsfinanzminister in eingehender Aussprache über die Aufwertung gehört. Außer der großen ethischen Bedeutung der Aufwertungsfrage wurde hervorgehoben, daß eine weitergehende Aufwertung die geschwundene Kaufkraft weiter Massen wieder aufrichten, Arbeitslosigkeit beseitigen und Handel und Industrie wieder beleben würden.

Aufhebung des Reichsmietengesetzes?

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das Reichsmietengesetz aufgehoben und an seine Stelle ein Übergangsgezet mit Gültigkeit bis zum 30. Juni 1926 unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte und unter Aufrechterhaltung eines gesunden Mieterschutzes gesetzt wird: 1. Die Miete ist ab 1. Juli 1923 die Friedensmiete. 2. 10 vom Hundert der Friedensmiete sind für Darlehen, zum Teil zu Renditen und zum Teil zur Sanierung von Altmietungen zu

wie zur Unterstützung zahlungsstarker und zahlungsunfähiger Mieter zu verwenden.

Landwirtschaft und gewerblicher Mittelstand.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat in Berlin im Landtagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Nach einer Besprechung der allgemeinen politischen Lage im Reich und in Preußen wurde besonders die Regierungspolitik in Preußen besprochen. Der Parteivorstand stimmte der Stellungnahme der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion zu und nahm mit Dank davon Kenntnis, daß die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen ihren Einfluß auf die von ihnen vertretenen Kreise dahin geltend gemacht haben, einem Uebergreifen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf Erwerbsgebiete des selbständigen erwerbstätigen Mittelstandes entgegenzuwirken, um nicht eine politische Entfremdung zwischen Stadt und Land aufkommen zu lassen. Durch das Eingreifen des Reichslandbundes ist die Gründung einer großen Brotfabrik in Berlin aufgegeben worden. Der Parteivorstand setzt dann einen Parteiauschuß für Ostmarkenfragen ein.

Räumung von Wermelskirchen.

(W) Der interalliierte Unterausschuß der Rheinlandsbahnen veröffentlicht, daß am Sonnabend, den 7. 2. mittags die Eisenbahnkontrollposten in Wermelskirchen, Schaberg, Ohligs, Graefrath und Engelskirchen zurückgezogen sind. Damit wird Wermelskirchen, das seit 1918 englische Besatzung hat, von Truppen frei. Die aus Ohligs zugezogenen Truppen werden in Köln ihren Truppenstellen überwiesen und die von ihnen belegten Baracken werden am Freitag der Stadtwartung zurückgegeben. Die bisherige Bahnhof-, Paß- und Güterkontrolle in Ohligs wird in eine Verkehrsüberwachungsstelle umgewandelt. Der bisherige englische Offizier bleibt weiter als Leiter der Stelle im Amt. Militärpolizei wird sichprobeweise eine Kontrolle des Personen- und Güterverkehrs vorbehalten. Die bisherigen Paßvorschriften werden nicht geändert.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Der Kampf um die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages bildet augenblicklich eines der wichtigsten Gebiete der Tagespolitik. Staatssekretär Hughes erstrebt persönlich im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, um seine ganze Autorität für die Annahme des Vertrages in die Waagschale zu werfen. Hughes verteidigte ausführlich das dem Vertrag zugrunde liegende Prinzip der gegenseitigen Weisheitsbegünstigung. Der Staatssekretär des Handelsamtes Hoover unterstützte Hughes und trat auf wärmste für die Ratifizierung des Vertrages in unveränderter Gestalt ein. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Ausführungen der beiden Staatssekretäre auf die Ausschussmitglieder, welche sich in ihrer Mehrheit noch kürzlich als Gegner des Handelsvertrages bekannt hatten, nicht ohne Wirkung sind. Immerhin bleibt das Schicksal des Vertrages noch ungewiß.

Ungeheuerlich, unbrennhaft und schimpflich.

Der Oberste Gerichtshof in Washington hat es abgelehnt, der schweizerischen nationalen Versicherungsgesellschaft ihr auf eine Million geschätztes Eigentum zurückzugeben, das vom Treuhänder für fremdes Eigentum nach dem Kriege beschlagnahmt worden war. Der Gerichtshof begründet seine Entscheidung damit, daß die Beschlagnahme rechtmäßig sei, da die Gesellschaft mit Deutschland während des Krieges Geschäfte angeschlossen habe. Der Richter Mac Rehnold, der mit seiner Ansicht in der Minderheit blieb, erklärte diese Entscheidung sei ungeheuerlich, da es unbrennhaft und schimpflich sei, Eigentum zurückzugeben, das nach dem Kriege beschlagnahmt worden sei.

Grenzpolizei und Reichsbahn.

Unlängst kam es, wie schon kurz gemeldet, zwischen der Grenzpolizei und der Reichsbahnverwaltung zu einem Zusammenstoß. Bisher war es üblich, daß Beamte der Bahnkontrolle auf Freifahrtsscheinen eine bestimmte Strecke mitführen und die Reisenden kontrollierten. Nunmehr hat die Reichsbahndirektion Frankfurt (Oder) den Vertrag zum 31. Januar gekündigt. Infolgedessen ersuchen auf dem Bahnhof in Schneidemühl ein Aufgebot von 30 Polizeibeamten, um die Kontrolle nunmehr auf dem Bahnhof vorzunehmen. Als die Abfahrtszeit herangerückt war, forderte das Zugpersonal die Reisenden zum Einsteigen auf. Die Grenzpolizei indes, die mit ihrer Kontrolle noch nicht fertig war, hielt die Wagen geschlossen. Der Reisenden, die allein selbsttragenden waren, bemängelte sich begreiflicherweise eine große Erregung, die zu unerfreulichen Zwischenfällen führte.

Eine bedeutungsvolle Erfindung.

Der Ingenieur Bernhard Becker in Albra bei Weimar hat einen Dampfkessel erfunden, der eine Umwälzung auf dem Gebiete der Wärmetechnik hervorbrufen dürfte. Der Kessel, der aus einem System Röhren besteht, erzeugt Leistungen, die ebenso groß sind, wie diejenigen eines 200 mal so großen Kessels der üblichen Formen. Bei dem neuen Kessel wird gestandenes Wasser in die Röhre eingepreßt und im Augenblick des Eintretens in Dampf verwandelt. Vor Pressevertretern gelang es dem Erfinder in einem Versuchsdampf vier Minuten nach der Anheftung 20 Atmosphären Druck zu erzeugen.

Witz und Humor.

Gerichtlicher Zorn. „Barum haben Sie dem...“

Rätsel und Spiel.



Wo bleibt heute mein Entschloß?

Table with 4 rows and 12 columns containing letters for a word search puzzle.

Die Buchstaben sind so zu ordnen, daß... Rätsel.

Amerikanischer Humor.

Der Magister hat eine kleine merkwürdige... Amerikanischer Humor.

„Guten Tag, Frau. Wie geht es heute...“ Amerikanischer Humor.



Unterhaltungs-Beilage der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Am Scheideweg.

Original-Roman von Hanna Forster.

Derbert wollte ihn für sich unterbreiten... Am Scheideweg.



Witze.

Der Mann kam zu Frau Schulte... Witze.

Witze.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Witze.

Witze.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Witze.

Witze.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Witze.

Witze.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Witze.

Witze.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Witze.

Witze.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Witze.

Witze.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Witze.

Alle Rechte vorbehalten.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

„Gott bewahre, daß du nicht...“ Am Scheideweg.

Es steht ganz ruhig zu schauen. Immerhin ist es gut, wenn Doktor Hausmann viele Jahre hindurch noch einmal seine Augenlider zu, ich werde sie, starrer ruhen."

Oberpräsident Dr. v. Engel.



General Grunke, Mitglied des Reichstages.

Ich antwortete freudigen Augen und einem Lächeln auf sein freundliches Wort. Ich sagte, als Doktor Hausmann die Hand auf meine Schulter legte, ich werde sie, ich werde sie, starrer ruhen."

Der Herr kam bald darauf, begleitet von einem Bedienten, der ihm einen Stuhl brachte. Er setzte sich nieder und blickte auf mich. Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh.

Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh. Er blickte auf mich und sagte: "Sie sind ein junger Mann, aber Sie haben eine sehr interessante Geschichte zu erzählen."

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Philipp der I. als Schöpfung.

Der Herr kam bald darauf, begleitet von einem Bedienten, der ihm einen Stuhl brachte. Er setzte sich nieder und blickte auf mich. Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh.

Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh. Er blickte auf mich und sagte: "Sie sind ein junger Mann, aber Sie haben eine sehr interessante Geschichte zu erzählen."

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Der Herr kam bald darauf, begleitet von einem Bedienten, der ihm einen Stuhl brachte. Er setzte sich nieder und blickte auf mich. Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh.

Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh. Er blickte auf mich und sagte: "Sie sind ein junger Mann, aber Sie haben eine sehr interessante Geschichte zu erzählen."

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Der Herr kam bald darauf, begleitet von einem Bedienten, der ihm einen Stuhl brachte. Er setzte sich nieder und blickte auf mich. Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh.

Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh. Er blickte auf mich und sagte: "Sie sind ein junger Mann, aber Sie haben eine sehr interessante Geschichte zu erzählen."

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Wie der Schneefall entstand.

Wenn wir heute früh morgens aufwachen, so sehen wir oft einen dichten Schneefall. Aber wie entsteht das? Es ist eine sehr interessante Frage, die wir hier beantworten wollen.

Der Herr kam bald darauf, begleitet von einem Bedienten, der ihm einen Stuhl brachte. Er setzte sich nieder und blickte auf mich. Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh.

Ich sah, dass er ein Mann von hohem Alter war, mit einem kahlen Kopf und einem Bart, der ihm ein würdevolles Aussehen verlieh. Er blickte auf mich und sagte: "Sie sind ein junger Mann, aber Sie haben eine sehr interessante Geschichte zu erzählen."

Ich erzählte ihm, wie ich in meine Heimat gekommen war, wie ich dort gelebt hatte und wie ich jetzt hier in der Fremde stand. Er hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen, und ich spürte, dass er mich verstand.

Er sagte mir, dass er selbst auch eine interessante Geschichte zu erzählen hätte, aber er wollte mich nicht unterbrechen. Er sagte, dass er gerne zuhören würde, wenn ich noch etwas zu erzählen hätte.

Dr. Thompsons Seifenpulver

spart Arbeit, Zeit und Geld

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Achtung! Achtung!

Wo gehen wir Sonntag hin?
Nach dem Wander- u. Mandolin-klub „Bergkraxler“, Kaiserau. Der- selbe veranstaltet am Sonntag, den 8. Februar, in den Lokalitäten des Wirts H. Sorge, einen grossen

Preis-Maskenball.

Zur Verteilung kommen folg. Geldpreise:

Herrenpreise:		Damenpreise:	
1. Preis . . . 30 M.	1. Preis . . . 30 M.	1. Preis . . . 30 M.	1. Preis . . . 30 M.
2. Preis . . . 20 M.	2. Preis . . . 20 M.	2. Preis . . . 20 M.	2. Preis . . . 20 M.
3. Preis . . . 10 M.	3. Preis . . . 10 M.	3. Preis . . . 10 M.	3. Preis . . . 10 M.

Gruppenpreise: 1. Pr. 50 Ltr. Bier, 2. Pr. 5 Ltr. Doppelkorn, 3. Pr. 5 M.

Clownpreise: 1. Preis . . . 15 M., 2. Preis . . . 10 M., 3. Preis . . . 5 M.

Gegen die guten Sitten verstossenden und politische Masken werden nicht zu- gelassen. Anfang des Balles 4 Uhr, Empfang der Masken 6³⁰-7 Uhr. 7 Uhr: Beginn der Konkurrenz. 8 Uhr: Polonaise. — Nachdem Preisverteilung. Für unparteiliche Preisrichter ist gesorgt. Danach: Grosser Festball.

Einen genussreichen und frohen Abend, versprechend ladet alle Närrinnen u. Narren von Kaiserau u. Umgegend ein

508 Prinz Karneval.

Bürgerhaus W. Neff.

Heute Sonnabend und Sonntag in meinen renovierten Wirtschaftsräumen **erstklassiges**

Künstlerkonzert!

Sonntag morgen von 11-1 Uhr: **Matinee.**

Zum Ausschank gelangt Patrie- zier-Bier der Lederer-Brauerei Nürnberg.

513

Motto: Wie auch das Los des Schicksals fällt, Dank denen, die dich heiter machen; Denn das gesündeste auf dieser Welt Ist ab und zu sich frant zu lachen!

Im Bürgeraal W. Neff, Kamen.

Montag, den 9. Februar 8 Uhr:

Frühreuter Gastspiel

Abend des erfolgreichsten Dufel Bräutigams Darstellers **Anton Melzer**, Wiesbaden. Mitglied der Gesellschaft für Volksbildung Berlin, Inhaber der goldenen Frühreuter-Medaille.

Dufel Bräutigam in Berlin

Die Parle gold. Humors! Charakterstudie! Kostüm Dufel Bräutigam Der Schuhmann 450 Bankler Verbachter Der Kellner Der Polzeipräsident Der Referendarus Der Gefängniswärter Der Photograph

Leibiger Chronik: Melzer bereitet gestern den Tü- bingen einen seltenen Gemüth, er bot etwas noch nicht Gelebtes.

Frankfurter Zeitung: — wie Herr Melzer den Dufel Bräutigam herausarbeitet, auch in Witz und Geiste, das ist wirklich hervorragend. —

Casseler Post: — wie Melzer als Bräutigam erschien, nahm die allgemeine Heiterkeit einen Charakter an, der über das äußerliche Amüfieren hinauslangte in ein Bereich tieferen Gelebens usw.

Karten: Kamener Zeitung 1,65 M., 1,10 M., 55 P.

Pelzgarnituren . . . von 33.- an
Seal-Elektrik-Kragen . 48.-
Seal-Elektrik-Muffen . 35.-
Echte Skunkskragen . 125.-
prima Qualität, 4 tellig . von

Pelzhaus Bürger

Hamm, Bahnhofstr. 7, I. Etg.
Telephon 1508.
Den ganzen Tag geöffnet. — Reise wird vergütet.

Anzeigen

in der Kamener Zeitung
haben stets Erfolg



WEISSE WOCHEN

Beginn:
Montag, den 9. februar

Schenowerte Schaufenster- u. Innendekoration

„Im Reiche des Buddha“

Grosser Verkauf weisser Waren für Haushaltungen, Pensionen, Hotels, Erholungs- häuser und Hospitäler

★

Preise enorm billig!

LUDWIG CLEMENS

DORTMUND - WESTENHELLWEG 102-106

Spezialität

Büro-Möbel

und moderne
Laden-Einrichtungen

Hitz Kaven Söhne

Mech. Schreinerei

Telefon 617
Königs- 20

Hamm/Westf.

Wollen Sie wirkungsvolle

künstlerische Plakate

zum Aushang bringen? — Dann wenden Sie sich an die

Druckerei der Kamener Zeitung Kamen.

Auf Grund des Ministerial- erlasses vom 5. November 1924 Min. Blatt für die innere Verwaltung Nr. 51 — hat der Magistrat unterm 5. v. Mis. beschloffen, auch Voranmeldun- gen zur Entrichtung der Ge- werbesteuer - Vorauszahlungen nach dem Ertrag zu allen Zahlungs-terminen der Gewerbesteuer zu ver- langen.

Die Vorbrude sind wie bisher auf un- serem Steueramte, Markt 5, und der Stadt- tasse im Rathaus, erhältlich.

Kamen, den 4. Februar 1925.

Der Magistrat:
Berensmann, Bürgermeister.

Möbel!

Grosse Ausstellung wohnt- fertiger Zimmer, Speise-, Herren-, Schlaf-, Wohnzim- mer und Kucheneinrichtun- gen von einfachster bürgerl. bis vornehmster Ausführung. Etwa 300 Musterzimmer. Herrliche Dekorationen. Tep- piche, Klub- u. Polstermöbel. Freie Beschichtigung. Für jeden Besucher lohnend. Ausserst billige Preise. Beste Verar- beitung, gepflegte Holz u. la. Materialien. Eig. Anfertigung nach Entwürfen. Aus- bau ganzer Wohnhäuser. Lie- ferung frei Wohnung. Viel- Anerkennung und Emp- fehlungen. — Verlangen Sie kostenlose Offerte.

Heinrich Herlitz
Hamm (Westf.)
Farnat 100 und 104.

Saatkartoffeln

(krebbsfeste und krebbsfreie.)

Bestellungen auf la. anerkanntes Saatgut aus Westpreußen:

Jul. Jordan,
Kartoffel-Großhandlung, Telephon Nr. 135.

Bestellungen nehmen ferner für mich an: 499

Für Oberaden und Umgegend: G. Hüsing, Oberaden.
Für Westf.-Kaiserau: C. Koller, Westf. Königstrasse.
Für Methler und Umgegend: Geinr. Budde, Methler.

Ebel & Sohn :: Piano

Das Qualitäts - Instrument

Lieferung direkt ab Fabrik

Carl Ebel & Sohn, Unna,
Geschäftsgründung 1871. Pianoortefabrik Geschäftsgründung 1877.

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Zahlreiche Anerkennungen des Inlandes sowohl, als auch aus dem Auslande.

Otto Brorhiker

Kaiserau-Westfick, Post Kurl,
Telephon Nr. 137, Amt Kamen

Möbel- u. Eisenwarenhandlung.

Spezialität: 18

Komplette Wohnungseinrichtungen.

Lager in: Herden, Emaillewaren, Glas u. Por- zellan, Korbmöbel, Teppiche, Läufer u. Matten.

Verein zur Förderung der Kunst und Dreyer der Pferde

Auf zum Bockbiertrubel!!

Sonntag, den 8. Februar, beim Wirt W. Logermann, Berglamm, Wernerstr. Nr. 51

Bockbierfest

mit Ueberraschungen.
Es ladet freundlichst ein

502 Wilt. Logermann.

General-Versammlung

Tagungsordnung:

1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Vortrag des Herrn Dr. Hille, Münster, über Zweck, Ziele und Bedeutung der ländlichen Weiter- vereine mit Bericht über das in Berlin stattgefundene Turnier.
3. Veranstaltungen im Jahre 1925.
4. Jubiläum.
5. Organisation der ländlichen Weiter- vereine.
6. Beratung und Annahme der neuen Statuten.
7. Verschiedenes. Der Vorstand.

Königsborner Hof gegenüber dem Friedrichsborn in Unna-Königsborn.

Sonntag, 8. Febr., nachm. 5 Uhr

II. Karnevalkonzert

Leben ist Lust! Humor! Stimmung: Begegnungen! 512

Restaurant Starke, Westfick.

Sonntag, den 8. Februar, ab 5 Uhr, großes

Künstler-Konzert!

Von 11-1 Uhr: Matinee.

Lampen- Schirme

in reicher, hübscher Auswahl empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

KONZERT

Sonntag ab 6 Uhr.
Restaurant Ernst Menne.
Ausschank
Dortmunder Kronen-Bier.